



N I E D E R S C H R I F T

zum öffentlichen Teil

der 11. Sitzung des Ortsbeirates Loschwitz (OBR Lo/011/2016)

am Mittwoch, 13. Januar 2016,

17:30 Uhr

**im Ortsamt Loschwitz, Beratungsraum, 2. Etage,
Grundstraße 3, 01326 Dresden**

Beginn der Sitzung: 17:30 Uhr
Ende der Sitzung: 19:45 Uhr

Anwesend:

Vorsitzende
Sylvia Günther

Mitglied Liste CDU
Berndt Dietze
Ralph Kühn
Markus Ullmann

Mitglied Liste DIE LINKE
Hans-Jürgen Burkhardt
Silvia Nagel

Mitglied Liste Bündnis 90/Die Grünen
Cornelia Munzinger-Brandt

Mitglied Liste Alternative für Deutschland
Hans-Heiner Krüpper

Mitglied Liste Bündnis Freie Bürger
Martin Wosnitza

Stellvertretende Mitglieder

Dr. Frank Nicht
Barbara Oberweland
Katja Solbrig

Vertretung für Herrn Uwe Detemple
Vertretung für Frau Kristin Sturm
Vertretung für Frau Mona Scholz-Kluge

Abwesend:

Mitglied Liste Bündnis 90/Die Grünen
Mona Scholz-Kluge

Mitglied Liste SPD
Uwe Detemple
Kristin Sturm

Verwaltung:

Herr Lippmann
Herr Wittstock
Herr Gessner

Amtsleiter Jugendamt
Verkehrsplaner Personennahverkehr
DVB AG

Gäste:

etwa 15 Bürgerinnen und Bürger

T A G E S O R D N U N G**Öffentlich**

- 1** Kontrolle der Niederschrift zur 10. Ortsbeiratssitzung am 02.12.2015
- 2** Unterbringung von unbegleiteten ausländischen Minderjährigen (uaM) in der Landeshauptstadt Dresden - Eine Information des Jugendamtes
- 3** Anträge und Vorlagen zur Beratung und Berichterstattung an die Gremien des Stadtrates
 - 3.1** Stadtbahn 2020 - Teilprojekt 2 Bühlau - Weißig **V0689/15
beratend**
- 4** Informationen der Ortsamtsleiterin
 - 4.1** Sachstand Asyl im Ortsamtsgebiet
 - 4.2** Sonstiges
- 5** Hinweise und Anfragen aus dem Ortsbeirat und der Bevölkerung

öffentlich

Einleitung:

Frau Günther, Ortsamtsleiterin (OAL), eröffnet die Sitzung mit der Begrüßung der Mitglieder des Ortsbeirates (OBR) sowie der anwesenden Gäste.

Sie stellt fest, dass die Einladung form- und fristgerecht erfolgte und der Ortsbeirat beschlussfähig ist. Einwände der OBR gegen die Tagesordnung bestehen nicht.

1 Kontrolle der Niederschrift zur 10. Ortsbeiratssitzung am 02.12.2015

Herr Dr. Nicht bittet um Streichung eines Halbsatzes. Ihm ging es lediglich darum, auf das Gehwegparken am „Trompeter“ hinzuweisen. Das Protokoll wird entsprechend abgeändert. Frau Günther bittet dennoch Frau Munzinger-Brandt und Herrn Wosnitza um Unterschrift.

2 Unterbringung von unbegleiteten ausländischen Minderjährigen (uaM) in der Landeshauptstadt Dresden - Eine Information des Jugendamtes

Die Ortsamtsleiterin begrüßt den Leiter des Jugendamtes, Herrn Lippmann zur Information des OBR über das Thema.

Die Unterbringung von unbegleiteten ausländischen Minderjährigen (uaM) hat in den vergangenen Monaten extrem an Relevanz gewonnen. Bisher wurden die uaM in den Städten betreut, in denen Sie angetroffen wurden. Da dies besonders wenige Großstädte betraf, wurde ein Gesetz beschlossen, welches eine bundesweite Verteilung analog zum Königsteiner Schlüssel vorsieht. Das Gesetz ist sehr kurzfristig zum 01.11.15 in Kraft getreten und stellte die Stadt vor neue Probleme.

Bisher wurden Minderjährige, die in städtische Obhut genommen werden mussten, durch den Kinder- und Jugendnotdienst untergebracht. Dieser hat allerdings nur eine Kapazität von 25 Plätzen, was langjährig auch ausreichend war. Nach erfolgter Zuweisung von 250 uaM wurden diese Größtenteils in Jugendherbergen, bei Pflegefamilien oder freien Trägern untergebracht. Zudem wurde ein weiterer Kinder- und Jugendnotdienst mit 40 Plätzen ins Leben gerufen. Fast alle derzeit zugewiesenen uaM sind männlich, älter als 14 Jahre und stammen fast ausschließlich aus Afghanistan und Syrien.

Das Jugendamt legt großen Wert auf die Wahrnehmung der Schulpflicht oder tagesstrukturierenden Angeboten mit sozialer Betreuung. Neben der Kontaktvermittlung zu Sportvereinen, versucht es mit eigenen niedrighschwelligeren Veranstaltungen, wie dem 1. Advents-Fußballturnier eine sinnvolle Freizeitgestaltung zu ermöglichen.

Frau Oberweland möchte wissen, wie sich die Vormundschaftssituation der Jugendlichen gestaltet.

Das Jugendamt ist bestrebt, dass kein Vormund mehr als 40 Mündel betreut. Sollten nicht genügend Vormünder bereit stehen, bestellt das Familiengericht in aller Regel das Jugendamt vorübergehend als Vormund.

Herr Krüpper erkundigt sich ob die Jugendlichen auch ein Asylverfahren durchlaufen und wie die konkrete Altersfeststellung erfolgt. Herr Lippmann führt aus, dass bei Uneindeutigen Fällen eine qualifizierte Inaugenscheinnahme durch erfahrenes Personal durchgeführt wird. Sollten Zweifel der Minderjährigkeit bestehen bleiben, kann eine medizinische Altersfeststellung durch das Universitätsklinikum erfolgen. Asylanträge werden i. d. R. durch die Vormünder gestellt. Das Verfahren beginnt mit dem Eintritt in die Volljährigkeit zu laufen.

Herr Dietze würde gern erfahren wie die Zusammenführung mit anderen ebenfalls geflüchteten Familienangehörigen abläuft. Neben der Nutzung behördlicher Datenbanken wissen die Jugendlichen meistens selbst wo sich Angehörige aufhalten. Das Familien durch Jugendämter zusammengeführt werden ist eher die Ausnahme, so Herr Lippmann.

Die OAL dankt für die Information und schließt den Tagesordnungspunkt.

3 Anträge und Vorlagen zur Beratung und Berichterstattung an die Gremien des Stadtrates

3.1 Stadtbahn 2020 - Teilprojekt 2 Bühlau - Weißig

**V0689/15
beratend**

Frau Günther begrüßt Herrn Gessner als Vertreter der DVB AG und Herrn Wittstock als zuständigen Verkehrsplaner.

Dieser stellt kurz die Historie, ausgehend von dem Stadtratsbeschluss zur Straßenbahnnetzentwicklung vor. Dort sind die Neubaustrecken Löbtau – Strehlen, Bühlau – Weißig und Johannstadt – Plauen mit der höchsten Priorität versehen und in das GVFG-Bundesprogramm aufgenommen worden.

Das Teilprojekt „Bühlau - Weißig“ besteht aus den Planungsabschnitten „Grundstraße - Rossendorfer Straße“ und „Rossendorfer Straße - Endschleife Weißig“. Hierfür wurden drei Trassenvarianten und diverse Gleisschleifenvarianten untersucht.

Die beiden möglichen Trassenführungen entlang der Ullersdorfer Landstraße oder parallel zur B 6, durch das Landschaftsschutzgebiet „Bühlauer Wiesen“ und auf Höhe des Sportpark durch Weißig führend, wurden nach eingehender Prüfung verworfen. Die Korridorvariante direkt entlang der B 6 bringt grundsätzlich die geringsten Umwelteingriffe und Kosten mit sich und hat die größten Effekte auf die Erschließung. Für diesen Korridor wurden fünf unterschiedliche Varianten bezüglich der Fahrbahnbreite zwischen 16,5 m und 23 m geprüft. Zudem wurde untersucht, ob die Straßenbahn in dem un bebauten Bereich zwischen Bühlau und Weißig separat geführt werden kann. Dies sei wegen des Landschaftsschutzgebietes nur auf der südlichen Seite der Bundesstraße denkbar. Allerdings ist keine der Varianten als verkehrlich funktional bzw. umweltseitig und städtebaulich vertretbar beurteilt worden. Daher sieht die Vorlage vor, die Priorität auf eine optionale Erweiterung abzusenken. Anlässlich der Untersuchung des Ullersdorfer Platzes wurde festgestellt, dass die Einrichtung einer vollwertigen Gleisschleife nur mit erhebli-

chen Eingriffen und Flächenausdehnungen möglich sei. Daher wäre es sinnvoller, eine Gleisschleife an der Rossendorfer Straße, südlich der B 6 anzulegen.

Herr Burkhardt kann nicht nachvollziehen, dass erst nach 25 Jahren Planung festgestellt wird, dass sich das Projekt nicht realisieren lässt. Für ihn ist klar, dass mit der beabsichtigten Zurückstellung die Straßenbahnverlängerung nicht mehr erfolgen wird. Insbesondere die Lösung des Verkehrsknotenpunktes „Ullersdorfer Platz“ wurde jahrelang mit dem Verweis auf die Stadtbahnverlängerung verschoben. Dieser wird durch die Erweiterung des Gymnasium Bühlau nochmals verschärft.

Herr Wittstock zeigt die anderen 18 Strecken die stadtweit als optionale Erweiterung vorgesehen sind. Der Hauptgrund der Rückstufung sei allerdings, dass sich der Aufwand im Verhältnis zum Nutzen (Fahrgastzahlen) nicht rechtfertigen lässt. Ein Großteil der ÖPNV-Kunden hat Ziele im Dresdner Osten, welche sie mit den vorhandenen Buslinien besser erreichen können. Herr Gessner ist dankbar für den Hinweis und ergänzt, dass die DVB die Situation weiterhin genau beobachten und sich in Abstimmung mit den Verkehrsplanern begeben wird. Frau Günther bittet über geplante Veränderungen informiert zu werden.

Frau Günther erkundigt sich, ob die Straßenbahnverlängerung ein Bestandteil des Eingemeindungsvertrages der Ortschaft Schönfeld-Weißig war.

Herr Wittstock sah dieser vor, den ÖPNV ist zu erhalten und bedarfsgerecht zu ergänzen. Zudem sollte eine Verkehrsstudie mit einer Kosten-/Nutzenanalyse zur Straßenbahnverlängerung erstellt werden. Beide Verpflichtungen hat die Stadt mehrfach durch Anpassungen und Untersuchungen erfüllt.

Frau Munzinger-Brandt gibt zu bedenken, dass nur mit der Verlängerung der Linie 11 auch der dort vorgesehene P+R-Platz realisiert wird. Dieser sei geeignet eine Vielzahl weiterer ÖPNV-Fahrgäste aus dem Umland zu gewinnen. Insbesondere durch die zu erwartenden Einschnitte in die Umwelt und den Erhalt der Linie 61 sei eine Rückstufung jedoch vertretbar.

Herr Kühn hält die Gründe für die Senkung der Priorität für nachvollziehbar. Da zur Behebung diverser Problemfelder stets auf das Stadtbahnprojekt verwiesen wurde, muss nun eine zeitnahe Lösung, vor allem für den Ullersdorfer Platz gefunden werden. Er beantragt daher in den Beschlusspunkt 2 eine realistische Terminvorgabe aufzunehmen.

Herr Wittstock bestätigt die Dringlichkeit der Maßnahme, hält aber eine belastbare Planung aufgrund der damit verbundenen Untersuchungen vor Ende des Jahres für nicht realistisch. Herr Gessner würde eine Lösung innerhalb der nächsten 5 Jahre begrüßen, da bis spätestens dahin die Gleise am Ullersdorfer Platz ohnehin ausgetauscht werden müssten.

Herr Wosnitza sieht dagegen sehr wohl eine hohe Priorität die Linie 11 zu erweitern. Die Bestandssituation stellt nicht nur für den Individualverkehr ein Nadelöhr dar, auch die Busse stehen im Stau. Die Entkopplung der Linie von der Straße brächte dagegen eine echte Zeitersparnis.

Frau Günther möchte wissen, ob nicht in der Gleisschleife auch P+R-Flächen geschaffen werden könnten. Herr Wittstock zufolge könnten bspw. in der Gleisschleife an der Rossendorfer Str. etwa Plätze geschaffen werden.

Herr Dr. Frey berichtet über die seit Jahren unzufriedenstellende Fuß- und Radwegesituation. Für dessen Verbesserung wurde stets auf die Straßenbahnverlängerung verwiesen. Er bittet dies mit in die Planung aufzunehmen.

Herr Kühn schlägt vor, für die Untersuchung der Verbesserung für die Situation am Ullersdorfer Platz im Beschlusspunkt 2 die Worte „bis spätestens 31.12.2016“ einzufügen.

Der Änderungsantrag wird einstimmig angenommen.

Da keine weiteren Fragen bestehen, bringt Frau Günther die ergänzte Vorlage zur Abstimmung.

Zustimmung mit Änderung

Ja 11 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

4 Informationen der Ortsamtsleiterin

4.1 Sachstand Asyl im Ortsamtsgebiet

Frau Günther informiert, dass im Januar entgegen den Erwartungen bisher noch keine Asylsuchenden zugewiesen wurden. Im Ortsamtsbereich Loschwitz wohnen derzeit 133 Flüchtlinge, davon sind mittlerweile 37 dezentral in Wohnungen untergebracht.

Zusammen mit der Ortschaft Schönfeld-Weißig wurden vier Stellen zur Asylbewerberbetreuung im Rahmen des Bundesfreiwilligendienstes ausgeschrieben. Zusammen mit der gemeinnützigen Gesellschaft Pentacon e. V. bieten die Ortsämter Loschwitz und Blasewitz wieder Arbeitsgelegenheiten für bis zu 12 Asylsuchende an. Bisher konnten allerdings erst drei Stellen besetzt werden.

4.2 Sonstiges

- die Zusammenkunft der Bürgerinitiative Söbrigen am 08.12.15 wegen des geplanten Kieswerkes.
- die beabsichtigte Verkehrsberuhigung des Dorfkernes Loschwitz. Hierzu gibt es am 18.01.16 eine Bürgerversammlung im Ortsamt, sowie eine Ortsbegehung der Fraktion B'90/ Die Grünen die sich u. a. auch mit dem Thema beschäftigt.

- die geplante Schließung der Grünannahmestelle auf der Grundstraße ab 01.02.16.
- die Eröffnung Schwimmhalle Bühlau. Anlässlich dessen wurde die Haltestelle „Neubühlauer Str.“ in „Schwimmhalle Bühlau“ umbenannt.
- den Abriss 61. Grundschule ab 12.02.16. Davor werden Baumfällarbeiten durchgeführt. Die Versetzung Uhren-Giebel ist inzwischen auf eine Grünfläche am Parkplatz geplant, jedoch liegt noch keine abschließende Entscheidung des Straßen- und Tiefbauamtes vor.
- das Bauvorhaben an der Bautzner Landstraße 14 - 16. Die Vorstellung der drei modernen Wohngebäude durch „Zander Architekten“ soll mit einer Veranstaltung des Verschönerungsvereins Weißer Hirsch erfolgen.

5 Hinweise und Anfragen aus dem Ortsbeirat und der Bevölkerung

Frau Günther erklärt, dass anlässlich der Anfrage aus der vergangenen Sitzung das Stadtplanungsamt um einen Vorschlag gebeten wurde, wie der OBR über wesentliche Abweichungen von Bebauungsplänen besser informiert und diese Entscheidung nachvollzogen werden kann.

Herr Wosnitza bittet anzufragen, wie der derzeitige Sachstand zur Verbesserung der Beleuchtungssituation des Röhrweges aussieht.

Herr Prof. Weber erkundigt sich, ob es bereits eine Baugenehmigung für ein größeres Vereinsgebäude im Loschwitzer Hafen gibt.

Sylvia Günther
Vorsitzende

Clemens Höhne
Schriftführer

OBR-Mitglied

OBR-Mitglied